



Interviews

Datum: 13. Oktober 2022

Moritz Küpper im Gespräch mit Jessica Rosenthal, Juso-Bundesvorsitzende

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Jessica Rosenthal, SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Jusos, der Jugendorganisation der SPD. Guten Morgen!

Jessica Rosenthal: Guten Morgen!

Küpper: Frau Rosenthal, die Energiekrise wird zur Sozialkrise. Das prophezeit Robert Habeck. Hat er recht, oder ist es sogar schon so weit?

Rosenthal: Ich bin der festen Überzeugung, wir müssen alles dafür tun, dass genau das nicht passiert, und bin auch ganz froh darüber, dass die wesentlichen Schritte zumindest jetzt auch eingeleitet worden sind, wenn es um die Gaspreisbremse zum Beispiel geht. Die Energiespeicher sind auch gefüllt, sogar schon vor dem eigentlichen Datum. Deswegen würde ich sagen, es liegt am politischen Handeln, ob es eine Sozialkrise gibt, und deshalb sage ich ja auch schon die ganze Zeit so wie die SPD, wir müssen was tun und das auch verhindern.

Küpper: Das heißt, Sie haben gesagt, die wesentlichen Schritte sind getan. Diese Gaspreisbremse soll so kommen, wie sie vorgeschlagen wird?

Rosenthal: Nein, das natürlich nicht, sondern es ist jetzt ein parlamentarisches Verfahren und viele Dinge sind auch in dem Vorschlag von der Kommission angeteasert und als mögliche Optionen auch schon aufgeworfen, und es kommt jetzt auf die politische Auseinandersetzung oder Diskussion vor allem an, wie wir das jetzt ausgestalten wollen. Für mich ist völlig klar, dass vor allem mittlere und untere Einkommen entlastet werden müssen. Wenn sich eine Gasrechnung und die Lebenshaltungskosten in dem Maße verändern, dann können das viele Menschen nicht stemmen, und deshalb ist es unsere Pflicht, da was zu tun. Deshalb sehe ich da auf jeden Fall auch noch einige Punkte, wo man noch Veränderungen machen soll im Vergleich zum Vorschlag, oder die Fragezeichen, die noch offen sind, in eine bestimmte Richtung bewegen. Aber dass der Vorschlag jetzt da ist und dass wir eine Gaspreisbremse und keine Umlage haben, würde ich schon sagen, ist ein wesentlicher Schritt dazu, dass wir keine Sozialkrise kriegen.

Küpper: Dann lassen Sie uns mal auf diese Gaspreisbremse schauen, auf die Eckdaten, dieses Eckkonzepts. Es soll jetzt eine einmalige Abschlagszahlung im Dezember geben für Privatkunden und dann ab März/April eine Gaspreisbremse. Viele Menschen schauen in diesen Tagen auf ihre Abschlagszahlungen. Die haben sich jetzt verdoppelt, im Oktober, im November, im Dezember, im Januar, im Februar, wohl auch im März, sechs Monate doppelte Zahlungen, und dafür gibt es einmalig den einfachen Betrag aus dem September, als es vielleicht noch nicht soweit war. Wie sehen Sie das?

Rosenthal: Ich glaube schon, dass es erst mal ein guter Schritt ist zu sagen, wir können die Bremse jetzt erst im März umsetzen. Das ist das Ergebnis, zu dem die Kommission gekommen ist, was die Umsetzungsfrage angeht. Wenn Sie mich fragen, sage ich, am liebsten würde das gestern gelten. Von daher ist das ärgerlich. Aber dass wir sagen, wir warten das jetzt nicht ab, sondern es gibt Direktzahlungen, das finde ich gut und das ist auch richtig. Aber das ist genau dann die Auseinandersetzung, in die wir kommen müssen. Ich glaube nicht, dass eine Abschlagszahlung, die der Staat übernimmt, dass das ausreicht, und deshalb würde ich sagen, wenn wir eine Brücke bauen wollen von jetzt zur Geltung der Gaspreisbremse im März, dann ist eine Brücke, glaube ich, mehr als ein Stein. Deshalb würde ich sagen, wir müssen auch über eine zweite Abschlagszahlung sprechen, dann aber natürlich – und das ist wiederum die Herausforderung, vor der wir stehen – vor allem für die, die es brauchen. Deshalb glaube ich, die Auseinandersetzung über die Frage, wieviel wird dann als Direktzahlung oder als Abschlagszahlung tatsächlich übernommen, die führen wir jetzt, und da sehe ich auf jeden Fall auch noch Nachbesserungsbedarf.

Küpper: Wie wollen Sie denn herausfinden oder die Gruppe identifizieren, die es dann wirklich braucht?

Rosenthal: Das ist ja genau die Herausforderung, die auch die Kommission diskutiert hat. Die Versorger wissen nicht, wie viele Verbraucher tatsächlich in den Wohnungen wohnen. Das ist der Informationsstand, der vorliegt. Deshalb ist es so schwer zu sagen, den und den Abschlag wollen wir auf jeden Fall jetzt übernehmen für die und die Gruppe. Aber das, was schon noch möglich ist, ist auf der einen Seite zu sagen, es gibt die Möglichkeit, das über die Steuern wieder abzugreifen, zumindest bei denen, die über 75.000 Euro zum Beispiel verdienen. Das ist ein guter Vorschlag, den wir auf jeden Fall nutzen müssen. Dann wird eine Obergrenze auf jeden Fall auch diskutiert, die finde ich richtig, zu sagen, wir übernehmen jetzt nicht irgendwie alles von dem, sondern wir haben eine Obergrenze und ein Grundkontingent. Ich muss sagen, ich weiß von vielen und kenne das auch selber: Wenn man nicht so viel Geld hat, dann guckt man jedes Jahr darauf, wieviel man heizt, und spart ein, und zwar unabhängig davon, ob wir eine Energiekrise haben oder nicht. Deshalb ist es, glaube ich, wichtig, dass wir auch ein Grundkontingent absichern, und da muss man schauen, wie schnell ist das umsetzbar. Ich wünsche mir, dass das direkt auch möglich ist und dass wir da gerade auch die, die es brauchen, absichern können.

Küpper: Das heißt, der bisherige Vorschlag, der auf dem Tisch liegt, der ist mit Ihnen, mit den Jusos, verstehe ich das richtig, so nicht zu machen? Es sollte eine zweite Zahlung geben und dann auch noch eine gewisse Ausdifferenzierung in eine soziale Komponente?

Rosenthal: Genau! Aber ich sehe auf jeden Fall auch, dass die Kommission diese Vorschläge mitgemacht hat. Von daher ist das jetzt keine Ablehnung des Vorschlages, sondern die politische Deutungshoheit, die ein Parlament hat, die eine Partei hat. Da bin ich der Meinung, wir müssen dafür sorgen, dass es sozial gerecht ist, und wirklich eine Brücke bauen hin zum März. Die besteht aus mehr als einem Stein.

Küpper: Aber das Dilemma bleibt, Sie haben es ja selber erkannt. Das Ganze hätte eigentlich besser gestern schon irgendwie umgesetzt werden müssen, können, sollen.

Rosenthal: Ja, auf jeden Fall. Ich habe ja auch von Anfang an gesagt, dass ich zum Beispiel eine Gasumlage für falsch halte. Viele haben das auch aus der SPD heraus gesagt und die SPD-Fraktion hat ja schon im September auch beschlossen, dass wir einen Gaspreisdeckel haben wollen. Lange war dann immer die Frage, kommt das überhaupt, und dann haben wir darüber zurecht gesprochen, wie wird es umgesetzt. Von daher ist es gut, dass es jetzt kommt, aber natürlich hätte ich mir gewünscht, dass wir schon im Sommer genau diese Schritte jetzt vorbereitet hätten. Aber es bringt jetzt auch nichts, in die Vergangenheit zu schauen, sondern jetzt müssen wir dafür sorgen, dass es schnellstmöglich umgesetzt wird und dass vor allem jeder Mensch hier in Deutschland weiß, wir schaffen diesen Herbst und Winter zusammen und niemand wird mit seiner Rechnung allein gelassen.

Küpper: Für dieses Wissen braucht es Vertrauen in die Regierung. Jetzt haben Sie gerade selber gesagt, das Regierungshandeln der letzten Wochen und Monate hat zu wünschen übrig gelassen.

Rosenthal: Ich finde es erst mal total in Ordnung, dass die unterschiedlichen Parteien auch verschiedene Vorstellungen haben und verschiedene Vorschläge machen. Ich glaube, das ist überhaupt nicht das Problem. Die Frage ist ein bisschen, wie handelt man das aus, und da kann ich die Kritik auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern verstehen, dass man sagt, hey, macht das doch bitte ein bisschen leiser und macht vielleicht die Tür mal zu. Das ist, glaube ich, eine Kritik, die wir uns alle ein bisschen anheften müssen und wo ich sehr hoffe, dass wir das in Zukunft besser hinkriegen, auch wenn ich sagen muss, manchmal ist es eine politische Auseinandersetzung und ich kann schlecht mit dem Finger auf andere zeigen. Ich habe das ja selber auch gemacht. Ich habe auch gesagt, die Gasumlage ist falsch, und ich habe das auch öffentlich gemacht. Von daher ist, glaube ich, jetzt nicht die Zeit, mit Fingern aufeinander zu zeigen, sondern zu gucken, wie kriegen wir es nach vorne hin, noch konstruktiver hin.

Küpper: Aber es geht ja weiter und auf der anderen Seite – Sie haben es beschrieben, wir haben darüber gesprochen -, die Zeit drängt, die Probleme sind groß, und auf der anderen Seite gibt es diesen Streit. Braucht es da mehr Führung durch den Bundeskanzler?

Rosenthal: Ich muss schon sagen, dass ich glaube, dass Olaf Scholz die Regierung gut führt und dass er gerade auch in diesen schwierigen Zeiten genau versucht, die Balance zu halten, egal ob es bei der Frage ist, wie unterstützen wir die Ukraine, oder wie regeln wir das nach innen heraus. Wir reden jetzt zum Beispiel darüber, dass wir zurecht die Gaspreise senken müssen, aber dass wir darüber überhaupt sprechen können liegt daran, dass die Gasspeicher gefüllt sind und dass wir genau diesen Schritt in sehr, sehr kurzer Zeit hinkommen haben. Darum hat auch der Kanzler sich direkt gekümmert. Von daher würde ich sagen, um mehr Führung geht es nicht, sondern es geht eher darum, dass man wie gesagt die Tür mal öfter zumacht und das eine oder andere miteinander bespricht, anstatt über die Öffentlichkeit. Da kann ja auch Olaf Scholz niemandem den Mund verbieten. So funktioniert es, glaube ich, nicht.

Küpper: Aber gesprochen haben Olaf Scholz und Christian Lindner und Robert Habeck diese Woche ja schon und trotzdem geht dieses Duell zwischen Robert Habeck und Christian Lindner in Sachen Atomkraft beispielsweise, Verlängerung dort oder nicht oder wie man das gestaltet, Streckbetrieb, weiter. Das nervt!

Rosenthal: Ja, das verstehe ich total, und deshalb ist es, glaube ich, auch gut und wichtig, dass da jetzt eine Entscheidung kommt. Die gab es ja auch schon mal, die Entscheidung. Es ist ja alles schon mal ausgehandelt worden. Deswegen ist es ...

Küpper: Was sollte denn die Entscheidung sein? Was würden denn die Jusos, was würde die SPD denn mittragen? Was wäre denn aus Ihrer Sicht richtig?

Rosenthal: Das, was wir gesagt haben und was wir auch gerade tun, ist, dass wir all das möglich machen müssen, was für die Lösung dieser Energiekrise jetzt nötig und geboten ist.

Küpper: Wie lange sollen die AKW laufen?

Rosenthal: Die Frage ist, was ist denn dafür nötig, und ich würde schon darauf vertrauen, dass das Wirtschaftsministerium das ideologiefrei geprüft hat und gesagt hat, der Streckbetrieb, der jetzt vorgeschlagen ist, ist auch der, der uns hilft und den wir brauchen. Ich halte nichts davon, von der anderen Seite eine Ideologie daraus zu machen und zu sagen, die AKW müssen auf jeden Fall weiterlaufen. Wenn es uns nichts bringt, wenn es ein Sicherheitsrisiko ist, dann müssen sie auch nicht weiterlaufen. Von daher kommt es jetzt auf Augenmaß an und auf die richtigen Lösungen und nicht darauf, von beiden Seiten das zu einem Symbol zu machen.

Küpper: Frau Rosenthal, es gibt auch an anderer Stelle in dieser Koalition Diskussionen, über die Äußerung der SPD-Innenministerin Nancy Faeser, die gesagt hat, Deutschland sei zwar für Geflüchtete aus der Ukraine offen, die Zuwanderung von Asylbewerbern über die sogenannte Balkan-Route und das Mittelmeer wolle man aber begrenzen. Jetzt heißt es aus Ihrem Jugendverband, man sei sprachlos darüber. – Ich hoffe, Sie sind jetzt nicht sprachlos, aber die Grünen haben es ja schon kritisiert. Es drängt sich ein wenig der Eindruck auf: Gibt es in Deutschland eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft bei Flüchtlingen?

Rosenthal: Die darf es nicht geben, sondern ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir klarmachen, dass diejenigen, die vor Leid flüchten, vor Krieg flüchten, dass die ungeachtet dessen, wo sie herkommen, bei uns Schutz finden können. Deshalb bedauere ich auch sehr, dass Nancy Faeser sich an der Stelle so ausgedrückt hat, und teile da auch die Analyse nicht, ohne dass ich jetzt sagen will, wir müssen irgendwie gucken, wie wir damit umgehen. Kommunen weisen ja zurecht darauf hin, dass sie auch überlastet sind. Dafür braucht es Lösungen, das ist keine Frage. Aber wir können keine Zwei-Klassen-Gesellschaft auch nur ansatzweise tolerieren und in dieser Krise darf das Hauen auf die Schwächsten niemals eine Antwort sein, sondern wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten, egal wo Menschen herkommen.

Küpper: Wird denn dieser Eindruck durch die Innenministerin erweckt?

Rosenthal: Wie gesagt: Wir als Jusos haben klar gesagt, dass wir diese Aussagen sehr schwierig finden und uns wünschen, dass das zukünftig anders benannt wird und anders damit umgegangen wird und dass wir diese Aufteilung in zwei unterschiedliche Klassen von Geflüchteten so einfach nicht machen.

Küpper: Das heißt, es droht aber schon, weil es ist ja eine Ankündigung.

Rosenthal: Genau, und darum geht es ja jetzt, dass man da gute Lösungen findet, und das ist am Ende natürlich auch eine europäische Frage. Es kann nicht sein, dass irgendwie dann nur ein Land oder zwei, drei Länder diese Verantwortung übernehmen. Aber es ist nun mal so, dass wir auch in anderen Teilen dieser Welt Krieg haben und dass Menschen fliehen, und das tun sie ja nicht, weil sie in irgendeiner Weise, wie das zum Beispiel von der CDU erweckt wird, nichts Besseres zu tun hätten, sondern weil es tatsächlich Fluchtursachen gibt. Wenn wir nicht darüber sprechen und auch versuchen, wie wir dort vor Ort unterstützen können, dann, glaube ich, gehen wir in eine ganz falsche Richtung. Deshalb wünsche ich mir, dass wir die Debatte darüberführen und nicht darüber, ob Menschen mit der falschen Hautfarbe nach Deutschland kommen. Das ist wirklich sehr, sehr schwierig und nicht hinnehmbar, so eine Diskussion.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.